

## Bildungssektor bleibt Schwerpunkt des deutschen Engagements

**Afghanistan braucht in den kommenden Jahren tausend zusätzliche Lehrkräfte**

Nach dem Sturz der Taliban sind in Afghanistan viele Schulabgänger nach der zwölften Klasse ohne weitere Ausbildung als Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt worden. Denn viele ausgebildete Lehrkräfte waren den Kriegswirren zum Opfer gefallen oder aus dem Land geflüchtet, Maßnahmen zur Ausbildung gab es kaum. Der Bedarf an ausgebildetem Fachpersonal ist bis heute weiterhin groß. Jedes Jahr werden mittlerweile wieder rund 600.000 Kinder eingeschult. Inzwischen kann jedes vierte Mädchen ihren Schulabschluss nach der neunten Klasse machen. Um die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf Bildung zu erhöhen, konzentriert sich die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit mit einem Grundbildungsprogramm (*Basic Education Programme for Afghanistan - BEPA*) auf die Verbesserung der Schulbildung in Afghanistan.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) berät die – am 1. Januar 2011 aus GTZ, DED und InWent hervorgegangene – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH das afghanische Bildungsministerium, entwickelt die Lehrer- und Dozentenausbildung mit einem besonderen Fokus auf Lehrerinnen weiter und stärkt die Planungs- und Managementkapazität des Ministeriums sowie nachgeordneter Abteilungen. Die Fachberater unterstützen daneben die Lehrerausbildungszentren in den Provinzen in methodischen und pädagogischen Belangen und helfen, dort den nationalen Lehrplan umzusetzen.

Erste Erfolge lassen sich bereits verbuchen: Während im Jahr 2002 lediglich 20.000 Lehrkräfte – darunter nur einige wenige Frauen - in Primar- und Sekundarschulen unterrichteten, waren es 2010 bereits 170.000 Lehrkräfte (Frauenanteil: 29 Prozent). Doch trotz erheblicher Anstrengungen, Lehrkräfte auszubilden, verfügen immer noch drei von vier Lehrern nicht über ausreichende Qualifikationen. Das deutsche Engagement an den fünf Lehrerausbildungszentren (*Teacher Training Colleges – TTCs*) in den Nordprovinzen Badakhshan, Balkh, Kunduz, Sar-e Pol und Takhar, an 19 Ablegern dieser TTCs in den Distrikten (so genannte „Satelliten-TTCs“) und an 25 angegliederten Praxisschulen wird deshalb fortgesetzt und weiterentwickelt. So unterstützt Deutschland das afghanische Bildungsministerium derzeit dabei, ein Konzept zu entwickeln, wie Berufsorientierung und praktisches Lernen besser in den Unterricht integriert werden können. Damit kommt das BEPA-Programm einem Wunsch des Bildungsministeriums nach,



Zur Lehrerausbildung gehören auch inhaltliche Fortbildungen in naturwissenschaftlichen Fächern, die von den GIZ-Fachkräften durchgeführt werden. Foto: GIZ

schulische Inhalte stärker mit dem Alltag und den Lebensbedingungen in Afghanistan zu verknüpfen. Somit können Jugendliche sich künftig schon während der Schulzeit auf ihre berufliche Zukunft vorbereiten.

Auf der BEPA-Jahresplanungskonferenz Ende Januar 2011 bekräftigte Botschafter Rüdiger König den Vertreterinnen und Vertretern der Bildungsverwaltung, der TTCs, des Bildungsministeriums, lokaler Nichtregierungsorganisationen sowie internationaler Entwicklungsorganisationen, dass die Bildungsförderung auch in den kommenden Jahren Schwerpunkt der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit bleiben wird. Seit 2002 hat das BMZ insgesamt gut 75 Millionen Euro für die Grundbildung in Afghanistan bereitgestellt und zusätzlich noch einmal knapp 30 Millionen Euro für die Berufsbildung. Wie diese Mittel der schulischen Infrastruktur zu Gute kommen, lesen Sie auf der nächsten Seite.



Feyerlich zerschneidet Kais Mehrain, Leiter der Schulbehörde in der Provinz Balkh, das symbolische Band. Er eröffnete damit den Neubau der Qalal-Hajari-Schule in Mazar-e Sharif. An der von der KfW Entwicklungsbank gebauten Schule können Lehramtstudenten im Rahmen des Grundbildungsprogramms fortan ihre Praxisstunden ableisten. Foto: BGS

## Unterricht in modernen Schulgebäuden

### Neubau von Lehrerausbildungszentren und Wohnheimen

Unterricht in Zelten, im Winter eiskalte Räume, schlechte Lichtverhältnisse - das ist oft der Schulalltag in Afghanistan. Rund zwei Drittel aller Schulen sind nach fast 30 Jahren Krieg zerstört oder beschädigt. Im Rahmen des mit Mitteln des BMZ finanzierten Grundbildungsprogramms (*Basic Education Programme for Afghanistan - BEPA*) ist die KfW Entwicklungsbank mit dem Bau schulischer Infrastruktur beauftragt. Im Zentrum steht dabei der Neubau von fünf Lehreraus- und -fortbildungszentren (*Teacher Training Colleges - TTCs*) in Nord-Afghanistan. Den TTCs sind für die Lehrerausbildung jeweils fünf Praxischulen angegliedert, die ebenfalls durch das Programm rehabilitiert oder - soweit erforderlich - neu gebaut werden. Sowohl in Faizabad (Provinz Badakhshan) als auch in Kunduz (Provinz Kunduz) sind inzwischen alle Baumaßnahmen an den Lehrgebäuden und angegliederten Studentenwohnheimen abgeschlossen. Die Einrichtungen wurden an die lokalen Behörden übergeben und in Betrieb genommen. Das Studentenwohnheim in Kunduz soll demnächst feierlich eingeweiht werden. In der Provinzhauptstadt von Takhar, Taloquan, laufen die Bauarbeiten am Studentenwohnheim noch. Ziel ist es, das Wohnheim noch im ersten Halbjahr zu übergeben.

Das Lehrgebäude des TTC in Mazar-e Sharif wurde bereits im April 2010 an die Lokalbehörden übergeben. Das dazugehörige Wohnheim soll ebenfalls demnächst übergeben werden. In der Provinz Sar-e Pol sind Lehrgebäude und Wohnheim noch im Bau. Die Wohnheime kommen vor allem jungen Frauen aus den ländlichen Gebieten zu Gute. Häufig können sie für ihre Lehrerinnen-Ausbildung nur dann in die Provinzhauptstadt kommen, wenn sie dort eine sichere und erschwingliche Unterkunft haben.

Auch der Bau und die Instandsetzung der Praxischulen geht voran. Am 3. März ist am Stadtrand von Mazar-e Sharif der Neubau der Qalai-Hajari-Schule den lokalen Behörden übergeben werden. Dort können Studenten des TTC von Mazar fortan ihre Praxisstunden absolvieren. Insgesamt rund 2.300 Schülerinnen und Schülern werden in der Schule unterrichtet.

Das BMZ leistet zudem Beiträge (bislang 38 Millionen Euro) zum landesweiten „Education Quality Improvement Program (EQUIP)“ der afghanischen Regierung, welches von der Weltbank betreut wird. Von EQUIP profitieren vor allem vernachlässigte Schulen, ferner unterstützt ein nichtformales Bildungsangebot die Reintegration von Schulabbrechern und Flüchtlingskindern.

## Kurz gemeldet

### Friedenserziehung in der Schule

Am Lehrerausbildungszentrum (*Teacher Training College - TTC*) in Mazar-e Sharif sind in den Wintermonaten wieder zahlreiche Lehrerfortbildungen durchgeführt worden. Aufgrund der hohen Heizkosten werden im Winter die Schulen für mehr als drei Monate geschlossen. Die Fachkräfte der GIZ nutzen im Rahmen des vom BMZ finanzierten Grundbildungsprogramms (BEPA) diese Zeit, um Weiterbildungen für die Lehrkräfte anzubieten.

Insgesamt wurden in Mazar-e Sharif in diesem Winter 16 Seminare für rund 400 Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt. Neben Mathematik und Englisch, jeweils inklusive Methoden zur Wissensvermittlung, stand ein Grundlagenseminar zu Lehrmethoden für Lehrerinnen und Lehrer auf dem Programm, die bisher noch an keiner BEPA-Fortbildung teilgenommen hatten.

In Kooperation mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) und seiner afghanischen Partnerorganisation „Kooperationszentrum für Afghanistan“ (*Cooperation Center for Afghanistan - CCA*) sind rund 160 Lehrkräfte in Friedensförderung und Friedenserziehung weitergebildet worden. Sie werden die an ihren Schulen eingerichteten „Friedensausschüsse“ leiten. Die Lehrkräfte lernten Methoden zur Analyse von Gewalt und ihrer Eskalationsstufen. Zudem übten sich die Teilnehmenden in Methoden des „aktiven Zuhörens“ und der Konfliktanalyse.

## Internationale Unterstützung für die Bildung

### Afghanistan ist Mitglied der internationalen Initiative „Bildung für alle“

Als 37. Land ist Afghanistan in die internationale „Education for All - Fast Track Initiative“ (EFA-FTI) aufgenommen worden. Damit werden Afghanistan zusätzliche Mittel für die Verbesserung der Bildung zur Verfügung gestellt. Finanziert wird die Initiative von zahlreichen Gebern, darunter Deutschland.

Auf dem Weltbildungsforum im Jahr 2000 in Dakar (Senegal) hatten sich 164 Länder verpflichtet, bis zum Jahr 2015 „Bildung für alle“ zu erreichen. 2002 wurde die EFA-FTI gegründet, um besonders arme Länder dabei zu unterstützen. So soll die Zahl der Analphabeten, die bei 781 Millionen weltweit liegt, bis 2015 um die Hälfte reduziert werden. 77 Millionen Kinder weltweit sollen uneingeschränkten und kostenfreien Zugang zu qualitativ guter Grundschulbildung erhalten.

Ein weiteres Ziel ist es, Gleichheit zwischen den Geschlechtern beim Zugang zu Bildung zu erreichen. Die Idee von EFA beschränkt sich jedoch nicht nur darauf – wie in den Millenniumsentwicklungszielen formuliert – Grundschulbildung für alle weltweit zu ermöglichen. EFA strebt einen umfassenden Bildungsansatz für alle Altersgruppen an, als Grundvoraussetzung für die persönliche Entwicklung.

Um diese Ziele zu erreichen, hat das afghanische Bil-

dungsministerium vor zwei Jahren begonnen, auf Grundlage der nationalen Bildungsstrategie (*National Education Strategic Plan – NESP II*) einen entsprechenden Aktionsplan zu erarbeiten. Unterstützt wurde es dabei von Fachkräften aus dem BMZ-finanzierten Grundbildungsvorhaben (*Basic Education Programme for Afghanistan – BEPA*). Am 2. März ist der Aktionsplan von allen Entwicklungspartnern des Ministeriums angenommen worden und wird nun beim Sekretariat der EFA-FTI in Washington eingereicht. Es wird davon ausgegangen, dass EFA-FTI Afghanistan in den kommenden drei Jahren insgesamt bis zu 150 Millionen US-Dollar für die Umsetzung des Aktionsplans zur Verfügung stellt. Die Finanzmittel kommen aus einem Fonds, der von derzeit 17 Ländern und Organisationen der internationalen Zusammenarbeit gespeist wird. Seit 2003 wurden für die bislang 36 Mitgliedsländer von EFA-FTI 1,6 Milliarden US-Dollar zugesagt.

Die EFA-FTI soll vor allem die Qualität der Grundbildung für Kinder und für Arme verbessern. Dadurch wird eine größere Chancengleichheit geschaffen. Programmziel ist es, die Effektivität des Bildungssystems zu erhöhen indem der Unterricht verbessert wird und mehr Schüler die Schule erfolgreich abschließen.

## Fortbildung von Lehrkräften in der Provinz Badakhshan

### Fünftägiges Training für 68 Lehrerinnen und Lehrern

Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität fand Ende Februar eine fünftägige Fortbildung für 58 Lehrerinnen und zehn Lehrer in Faizabad, der Provinzhauptstadt von Badakhshan, statt. Konzipiert und geleitet wurde die Fortbildung durch eine Expertin des Grundbildungsprogramms (BEPA) der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit. Den Lehrerinnen und Lehrern wurden Lehrmethoden vorgestellt, die ihnen helfen, den Schülerinnen und Schülern den Lehrstoff auch unter den schwierigen Bedingungen vor Ort effektiv zu vermitteln. So müssen Lehrkräfte sich beispielsweise mit Klassenstärken von bis zu 70 Schülern arrangieren. Wie unter diesen Bedingun-



68 Lehrerinnen und Lehrer wurden in Faizabad geschult, wie sie auch unter schwierigen Unterrichtsbedingungen Lernstoffe vermitteln können. Foto: GIZ

gen auf die vielfältigen Lernbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen eingegangen werden kann, war einer der Kernpunkte der Fortbildung. Am Ende des Trainings bekräftigte eine der Teilnehmerinnen den Erfolg der Veranstaltung: „Wir gehen jetzt motiviert und gut vorbereitet in das neue Schuljahr“.

Diese Art von Fortbildung ist ein Hauptbestandteil der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit im Bildungssektor. Weitere Fortbildungen für die Lehrkräfte in der Provinz Badakhshan für das laufende Jahr sind bereits geplant.

## Hintergrund

### Entwicklungsfonds für den Norden

Mit zwei flexiblen Regionalentwicklungsfonds unterstützt das BMZ den afghanischen Staat seit Ende 2010 darin, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in fünf Provinzen im Norden zu verbessern. Bis 2013 sollen alle Provinzverwaltungen und zwei Drittel der Distriktverwaltungen in den Provinzen Kunduz, Takhar, Balkh, Baghlan und Badakhshan in die Lage versetzt werden, Entwicklungsprojekte selbstständig und lokal zu planen, zu steuern und umzusetzen. Die konkreten Maßnahmen werden auf Grundlage von Vorschlägen lokaler Gremien und Behörden ausgewählt - insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehrswege und Rechtsstaatlichkeit.

Die GIZ betreut den Regionalen Kapazitätsentwicklungsfonds (*Regional Capacity Development Fund – RCDF*). Bestehende afghanische Gremien und Institutionen werden dabei über Weiterbildungen und Beratung unterstützt, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Projektpartner des Ländlichen Infrastrukturentwicklungsfonds (*Rural Infrastructure Development Fund – RIDF*) ist die KfW Entwicklungsbank. Über den RIDF werden Projekte finanziert, die besonders wichtig für die Wirtschaftsentwicklung sind oder den Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen verbessern. Für die beiden Fonds hat das BMZ bislang 71 Millionen Euro bereitgestellt.



Die Vorsitzenden von Distriktentwicklungsräten der Provinz Balkh bei der Vorauswahl von Projektanträgen. Foto: GIZ

## Große Resonanz auf deutsche Fonds

### Balkh: Provinz und Distrikte reichen insgesamt 85 Projektanträge ein

In der Nordprovinz Balkh stehen die beiden vom BMZ aufgelegten Fonds - RCDF und RIDF - hoch im Kurs. Insgesamt wurden bisher 85 Projektanträge eingereicht - neben verschiedenen Provinzbehörden stellten alle 14 Distriktverwaltungen der Provinz Balkh Anträge auf Finanzierung von Entwicklungsprojekten.

Das Spektrum an Anträgen war breit gestreut. In einem ersten Auswahlverfahren, der so genannten „vote for consideration“, hat das Provinzentwicklungskomitee nun 21 Projekte für anschließende Machbarkeitsstudien ausgesucht. Die Entscheidungskompetenz über die Anträge aus den Distrikten wurde aus der Provinzhauptstadt Mazar-e Sharif an die Distrikt-Entwicklungsräte delegiert. Dadurch werden die Distrikte und Distriktverwaltungen stärker in die Verantwortung für die Projektauswahl genommen. Zugleich wird eine ausgewogene regionale und sektorale Verteilung der zu realisierenden Projekte sowie ein Höchstmaß an Transparenz bei der Entscheidungsfindung gewährleistet.

Die Provinzbehörde des Frauenministeriums will über die Fonds Frauenförderzentren in drei Distrikten errichten. Auch das Bildungsministerium ist mit Anträgen für Lehrerfortbildungszentren und eine Mädchenschule beteiligt. Das Gesundheitsministerium plant unter anderem ein Trainingszentrum für medizinisches und Verwaltungspersonal. In den Distrikten wurden vorwiegend Straßen und Wasserreservoirs, aber auch die Instandsetzung von Gebäuden für die Verwaltung beantragt. Die große Mehrheit der Projekte entstammt dem Entwicklungsplan der Provinz Balkh oder den Distriktentwicklungsplänen. Derzeit wird die Machbarkeit der vorausgewählten Projekte in Zusammenarbeit mit dem afghanischen Wirtschaftsministerium geprüft. Beamte aus sieben Behörden wurden im Februar in der Entwicklung von Projektanträgen trainiert und mit neuen Managementmethoden vertraut gemacht. Sie können ihr neu erworbenes Wissen nun unmittelbar bei der Ausarbeitung von detaillierten Projektanträgen unter Beweis stellen.

## Dringend benötigte Straßen werden gebaut

In der Provinz Kunduz werden die ersten Fonds-Projekte umgesetzt

In der Provinz Kunduz beginnt in den kommenden Wochen der Bau zweier dringend benötigter Straßen und einer Schule. Diese Maßnahmen werden von den neuen Regionalentwicklungsfonds des BMZ finanziert. Das Provinzentwicklungs Komitee hat sie neben weiteren Maßnahmen auf einer Sitzung im Dezember 2010 ausgewählt. Die im Anschluss daran durchgeführten Machbarkeitsstudien wurden dem Gremium am 17. Februar vorgestellt, das auf dieser Grundlage für die Umsetzung stimmte.

Die Mitarbeiter der Provinzverwaltung werden von Fachkräften der GIZ und der KfW Entwicklungsbank bei der Umsetzung der Maßnahmen - von der Ausschreibung bis zur Bauabnahme - begleitet und geschult. Gemäß dem „Train-the-Trainer“-Konzept werden die Mitarbeiter gleichzeitig in die Lage versetzt, ihr neu erworbenes Wissen an ihre Kollegen weiterzugeben.

Über die Sitzungen des Provinzentwicklungs Komitees wurde in den Medien provinzweit berichtet. Die Provinzadministration gewinnt dadurch innerhalb der Bevölkerung zunehmend Anerkennung, da sie erstmals in der Lage ist, eigene substantielle Entscheidungen im Bereich Wiederaufbau und Entwicklung zu treffen und auch umzusetzen. Bedingt durch mangelnde Zuständigkeiten und Kapazitäten innerhalb der Provinzverwaltung wurden Entwicklungsprozesse bislang weitgehend von den Ministerien in Kabul gesteuert.

Das Provinzentwicklungs Komitee hat zudem damit begonnen, die Kommunikation zwischen der Provinz- und der Distriktebene zu verbessern. Alle Distriktgouverneure



Die Leiter der einzelnen Provinzregierungsdepartments in Kunduz bei der Abstimmung über die Realisierung von insgesamt 21 Projekten. Foto: BMZ

sowie der Bürgermeister der Stadt Kunduz werden zu den Sitzungen des Komitees eingeladen. Sie haben dort die Möglichkeit, dringende Anliegen ihrer Distrikte vorzutragen.

Neben den monatlich stattfindenden Sitzungen des Komitees hat das BMZ zudem einen „Jour Fixe“ zu Entwicklungsfragen mit den Provinz- und Distriktverantwortlichen etabliert. Dort werden Strategien und Prioritäten diskutiert, die in den Provinzentwicklungsplan einfließen sollen.

## Elf Entwicklungsprojekte für Badakhshan ausgewählt

Provinzbehörden wollen ein Wasserkraftwerk, Bewässerungskanäle und Straßen bauen

In der nordafghanischen Provinz Badakhshan hat am 13. Februar eine erste Vorauswahl an Entwicklungsmaßnahmen stattgefunden, die über die vom BMZ eingerichteten Regionalentwicklungsfonds finanziert werden. Nachdem Arbeitsgruppen der jeweiligen Provinzbehörden die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von insgesamt 46 Projekten diskutiert und bewertet hatten, präsentierten Vertreter der Arbeitsgruppen dem Provinzentwicklungs Komitee 13 priorisierte Projekte zur Abstimmung.

Der Sitzungssaal der Gouverneursbehörde in Faizabad platzte zu diesem Anlass aus allen Nähten. Die afghanischen Entscheidungsträger sind hochmotiviert, da ihnen mit den Regionalentwicklungsfonds erstmals die Möglichkeit eröffnet wird, Entwicklungsprioritäten für Badakhshan direkt mitzubestimmen und zu verwirklichen. Im Verlauf der Auswahlrunde wurden elf Projektvorschläge per Abstimmung befürwortet. Vor

einer endgültigen Entscheidung müssen die ausgewählten Projekte noch Machbarkeitsstudien durchlaufen. Diese werden von den zuständigen afghanischen Behörden mit Unterstützung von Experten der GIZ und der KfW Entwicklungsbank durchgeführt.

Fünf der vorausgewählten Projektvorschläge fallen in den Bereich des „Ländlichen Infrastrukturentwicklungsfonds“ (RIDF), der von der KfW begleitet wird. Die Projekte beinhalten Bewässerungskanäle, ein Wasserkraftwerk und Straßen. Sechs Projekte sind dem von der GIZ betreuten „Regionalen Kapazitätsentwicklungsfonds“ (RCDF) zuzuordnen. Sie haben Trainingsmaßnahmen, den Bau von Verwaltungsgebäuden und die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen zum Ziel.

Nach Abschluss der Machbarkeitsstudien und Veröffentlichung der Ergebnisse wird das Provinzentwicklungs Komitee endgültig über die Umsetzung der Projekte entscheiden.

## Aus Abfall Energie gewinnen

### Delegationsreise des afghanischen Ministers für Energie und Wasser in Deutschland

Der amtierende afghanische Minister für Energie und Wasser, Ismail Khan, informierte sich im Rahmen einer Delegationsreise vom 17. bis 25. Januar 2011 gemeinsam mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus seinem Ministerium über die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus kommunalen Abfällen. Die Reise erfolgte im Rahmen des Programms „Dezentrale Stromversorgung durch Erneuerbare Energien“, das die GIZ im Auftrag des BMZ in Afghanistan durchführt.

Hauptziel der Reise war es, die siebenköpfige Delegation - die unter anderen den Direktor für Energieplanung, die Direktorinnen für Wasser- und Energietechnik sowie für Energiepolitik, die Leiterin eines technischen Instituts in Kabul sowie einen Mitarbeiter des Energieprogramms umfasste - über neue Technologien der kommunalen Abfallverwertung zu informieren. Daneben wurde demonstriert, wie elektrische und thermische Energie aus Bioabfällen erzeugt werden kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich beeindruckt, wie Haushaltsabfälle sinnvoll weiterverwertet werden können und so gleichzeitig die Umwelt entlastet wird. Dies ist ein Thema, das nach Einschätzung der Delegation



Die afghanische Delegation in der ehemaligen Deponie Flörsheim-Wicker bei Frankfurt am Main. Im Rahmen der Reise wurden vier bestehende, mit Bioabfall beschickte Biogasanlagen in Hessen und Niedersachsen besucht. Foto: GIZ/Gehlen

auch in Afghanistan an Bedeutung gewinnt, da sich die dortige Umweltsituation in den vergangenen Jahren erheblich zugespitzt hat. In Kabul ist in den vergangenen 15 Jahren die Bevölkerung von rund 500.000 auf zirka fünf Millionen Einwohner angewachsen. Müllbelastung und Luftverschmutzung haben erheblich zugenommen. Kabul gilt als die am stärksten umweltbelastete Hauptstadt weltweit. Kommunale Abfälle verschmutzen einerseits die Umwelt in afghanischen Städten erheblich, stellen aber andererseits eine enorme Ressource als Wertstoffe dar. Minister Khan sprach sich ausdrücklich dafür aus, diese zu erschließen.

## Regierungsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen

### Zusage und Auszahlung der Mittel sind an Reformen der afghanischen Regierung geknüpft

Am 22. Februar 2011 haben das afghanische Finanzministerium und das BMZ die diesjährigen Regierungsverhandlungen über die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit in Kabul erfolgreich abgeschlossen. Von den für 2011 im Rahmen der Anfang 2010 begonnenen „Entwicklungsoffensive“ zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln in Höhe von 250 Millionen Euro sagte das BMZ in einer ersten Tranche 133 Millionen Euro zu. Diese Mittel dienen der Fortsetzung bilateraler Vorhaben in den für die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit vereinbarten Schwerpunktbereichen Energie, Wasser, Bildung (einschließlich berufliche Bildung), Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Gute Regierungsführung. Die Aufteilung der jährlichen Gesamtzusage auf zwei Tranchen wurde in diesem Jahr erstmals vorgenommen.

Eine zweite Tranche im Umfang von bis zu 107 Millionen Euro soll im Sommer oder Frühherbst 2011 zugesagt werden. Sie wird sich an den Fortschritten der afghanischen Regierung in der Umsetzung ihrer Reformagenda orientieren. Die afghanische Regierung hat sich auf den beiden Afghanistan-Konferenzen in London im Januar 2010 und in Kabul im Juli 2010 zu umfassenden Reformen verpflichtet. Gefordert sind vor allem Verbesserungen bei der Regierungsführung, im Kampf gegen die Korruption sowie im Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern.

Für Vorhaben deutscher Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan stellt das BMZ 2011 erneut bis zu 10 Millionen Euro bereit. Diese Mittel werden den Nichtregierungsorganisationen außerhalb der Regierungsverhandlungen direkt zur Verfügung gestellt.



In Faizabad hatten Frauen die Gelegenheit, ihre Produkte zu verkaufen. Die Resonanz war ausgesprochen gut. Foto: GIZ

## Teilhabe und Gleichstellung

### Veranstaltungen zum 100. Internationalen Frauentag im Norden

In Faizabad, Hauptstadt der Provinz Badakhshan, feierten dieses Jahr am 8. März über 400 Frauen und Männer mit ihren Kindern den 100. Internationalen Frauentag. Die Veranstaltung fand im „Fraugarten“ statt, einer Anlage, die üblicherweise Frauen vorbehalten ist. Neben Ansprachen des Gouverneurs und weiterer Würdenträger wurde in einer Podiumsdiskussion das Thema „Arbeit für Frauen - arbeitende Frauen - wirtschaftliches Empowerment für Frauen“ beleuchtet. Neben staatlichen Vertretern nahmen auch ein Mullah und Unternehmerinnen teil. Ein lokaler Radiosender will die Audio-Aufzeichnung der Veranstaltung senden.

Möglichkeiten, wie die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen gestärkt werden kann, veranschaulichte eine Verkaufsausstellung während der Veranstaltung. Frauen aus neun Distrikten verkauften ihre Produkte und erwiesen sich dabei als äußerst geschäftstüchtig.

In Mazar-e Sharif veranstalteten die von der GIZ im Auftrag des BMZ durchgeführten Programme zur Frauenförderung und zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Kooperation mit der afghanischen Partnerorganisation „Kooperationszentrum für Afghanistan“ (Cooperation Center for Afghanistan



Podiumsdiskussion in Mazar-e Sharif. Foto: GIZ

- CCA) eine Podiumsdiskussion über Frauenrechte und Gleichstellung im Islam. Religiöse Autoritäten sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft diskutierten die Rolle der Frau und stellten sich im Anschluss den teilweise sehr kritischen Fragen aus dem Publikum. Geschlechtsspezifische Diskriminierung, strukturelle und physische Gewalt nehmen in Afghanistan teils gravierende Ausmaße an. Praktiken wie Zwangsheirat und Ehrenmorde sowie sexuelle Übergriffe und physische Gewalt prägen noch immer das Leben vieler afghanischer Frauen. Begleitend zu dieser Veranstaltung fand eine von CCA organisierte Fotoausstellung zum Thema „Lebensrealität afghanischer Frauen“ statt.

## Badakhshan

### Unterstützung für Frauenschuren

Die ersten Fortbildungskurse für Mitglieder von 16 Frauen-Vereinigungen (so genannte „Shuren“) aus Faizabad und Kishem in der Provinz Badakhshan sind angelaufen. Da es für den Erfolg der Kurse wichtig ist, Trainer aus der Region einzusetzen, wurden diese zuvor speziell geschult. Die 20 Trainer (vier für Management, 16 für Alphabetisierung und „Empowerment“) werden von nun an auch für weitere Projekte in der Provinz Badakhshan bereitstehen, in der es sonst an gut ausgebildeten Trainerrinnen und Trainern mangelt.

In den „Empowerment“-Kursen wurden 800 durch die Shuren ausgewählte Frauen neben Alphabetisierungsmaßnahmen auch zu wichtigen Themen wie Frauenrechten oder Gesundheitsvorsorge fortgebildet. Mit dieser Informations- und Bildungsarbeit wird die Stellung der Frauen-Shuren innerhalb der örtlichen Gemeinschaft deutlich gestärkt. An den Managementkursen nehmen jeweils vier Shuren gemeinsam teil. Damit wird die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Shuren angeregt. Für viele der Teilnehmerinnen ist es das erste Mal, dass sie sich mit vielen Frauen austauschen können, die ebenfalls eine aktive Rolle in ihrer jeweiligen Gemeinschaft übernehmen wollen.

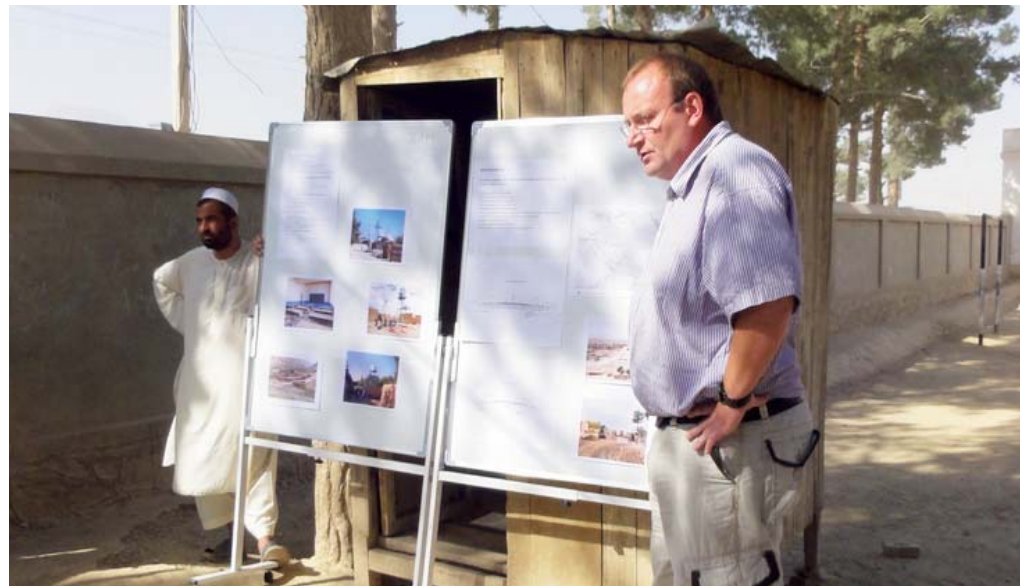
## Impressum

Deutsche  
Entwicklungszusammenarbeit  
c/o Gesellschaft für Internationale  
Zusammenarbeit GmbH

Charahi-e Sedarat  
Kabul, Afghanistan

Mail: [info@ez-afghanistan.de](mailto:info@ez-afghanistan.de)  
Telefon: +93 (0) 777 900 628

Web:  
[http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/asien/afghanistan/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/afghanistan/index.html)



Mathias Schröder bei der Erläuterung seines Straßenbauprojektes im Oktober vergangenen Jahres. Foto: KfW

## Bestürzung über den Tod eines Kollegen

### Mitarbeiter der Entwicklungszusammenarbeit trauern

Am 24. Dezember 2010 sind im Zentrum der Kleinstadt Kholm in der Provinz Balkh in Nordafghanistan ein deutscher und ein afghanischer Mitarbeiter der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit Opfer eines Anschlags geworden. Von einem vorbeifahrenden Motorrad aus wurden Schüsse auf die beiden Kollegen abgegeben, die nach einer Baustellenbesichtigung gerade in ihr Auto gestiegen waren. Trotz der Anstrengungen des Ärzteteams im Militärlager „Camp Marmal“, dem ISAF Regionalkommando Nord, ist Mathias Schröder in der Weihnachtsnacht seinen schweren Verletzungen erlegen. Der afghanische Mitarbeiter konnte nach vier Tagen das Krankenhaus verlassen.

Die beiden waren im Auftrag der KfW Entwicklungsbank im Raum Kholm-Kunduz tätig, um eine direkte Verbindungsstraße zwischen den beiden Wirtschaftszentren im Norden Afghanistans, Kunduz und Mazar-e Sharif, zu bauen. Die ersten 8,5 Kilometer in Richtung Kunduz waren von Mathias Schröder und seinem Team im Dezember fertig gestellt worden. Im Januar sollte die Eröffnung gefeiert werden. Die Beisetzung von Mathias Schröder fand Anfang Januar 2011 im engsten Familienkreis in Deutschland statt, ferner eine Trauerfeier in Gegenwart von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel. In Mazar-e Sharif hatten sich die Kolleginnen und Kollegen zuvor von Mathias Schröder im Rahmen einer Andacht verabschiedet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit haben in Mathias Schröder einen Kollegen verloren, der von allen sehr geschätzt wurde. Er mochte es nie, im Mittelpunkt zu stehen und stand es doch so oft. Viele Gäste aus Deutschland haben das Straßenbauprojekt in Kholm besucht. Die Begeisterung für das Projekt, die Mathias Schröder ausstrahlte, war ansteckend. Einer seiner afghanischen Mitarbeiter sagt, er habe in Mathias Schröder nicht nur einen Chef verloren, sondern auch einen Freund. So eine Art von Beziehung habe er in zehn Jahren Zusammenarbeit mit Internationalen noch nie aufgebaut. Mathias Schröder war auch gut integriert in die Ortsgemeinschaft in Kholm. Die Dorfältesten haben ihn geschätzt. Die Bestürzung in Kholm ist groß, und es gab mehrere Versammlungen, in denen die Bevölkerung zum Ausdruck brachte, wie sehr sie die Tat verurteilt. Mathias Schröder hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

Im Auftrag des:

